



Foto: CS

Trotz aller Regulierungen wird immer mehr Kulturland verbaut. Im Kanton Bern soll eine Initiative dies nun ändern.

Neue sachpolitische Koalitionen in Bern

Interview Die LOBAG sammelt mit den Grünen und der BDP Unterschriften für eine Verfassungsinitiative zur Kulturlandfrage. LOBAG-Präsident Hans Jörg Rüeeggger berichtet, wie es zu diesem Schulterschluss gekommen ist.

dlz Hans Jörg Rüeeggger, der Berner Bauernverband, die LOBAG, hat im November die Unterschriftensammlung für eine Kulturlandinitiative lanciert. Wie kam es dazu?

Rüeeggger: Die Geburtsstunde dieser Initiative war vor rund eineinhalb Jahren. Im Zusammenhang mit der ersten Teilrevision des Raumplanungsgesetzes haben sich die Gremien der LOBAG intensiv mit der Raumentwicklung im Kanton Bern befasst. Auf den ersten Blick sah es so aus, als stehe es mit dem Verbrauch von Kulturland und der Bauzonenbewirtschaftung im Kanton Bern gar nicht so schlecht. Als wir dann aber

in die Tiefe gingen und auf der Ebene von Regionen und Gemeinden die aktuelle Entwicklung beobachteten, stellten wir fest, dass die Realität nicht so unbedenklich ist, wie es die Übersichtszahlen für den ganzen Kanton glauben machen können.

Wie war Ihr Befund?

Rüeeggger: Wir kamen zu dem Schluss, dass in vielen Gemeinden am falschen Ort Kulturland verbaut wird, dass innerhalb von Regionen dem Kulturlandschutz nicht viel Gewicht beigemessen wird und dass es auch Gemeinden gibt, die Bauland regelrecht horten. Insgesamt haben wir festgestellt, dass bei

konkreten raumplanerischen Interessenabwägungen das Kulturland praktisch immer unter die Räder kommt, und dies obwohl der Kanton Bern durchaus gute Gesetze und auch Massnahmenblätter zur Umsetzung der Gesetzgebung vorzuweisen hätte. Wir fragten uns: Weshalb ist das so? Und: Was können wir dagegen unternehmen? Angesichts der beunruhigenden Feststellung suchten wir auch das Gespräch mit den kantonalen Behörden. Wir wollten im Gespräch mit Fachleuten herausfinden, was wir unternehmen müssten, um die aktuelle Entwicklung in eine Richtung zu lenken, die sicherstellt, dass wir auch in den nächsten Generationen noch Kulturland und

Zur Person



Hans Jörg Rüeeggsegger

Gebohren im Jahr 1970, hat Hans-Jörg Rüeeggsegger eine Lehre als Landwirt abgeschlossen und sich danach zum Agrotechniker HF weitergebildet. Er ist verheiratet mit Susanne Rüeeggsegger. Die Familie hat fünf Kinder, bildet Lehrlinge aus und bewirtschaftet in Riggisberg einen 27-ha-Betrieb (ÖLN, IP Suisse) in der Hügellzone mit den Betriebszweigen Milchwirtschaft (Vollweidebetrieb, eigene Aufzucht) und Ackerbau. Hans Jörg Rüeeggsegger ist in Verbänden und in der Politik engagiert: Er amtiert als Kassier (bis 2012 auch als Geschäftsführer) der Käsereigenossenschaft Riggisberg. Während 20 Jahren war er Ortsquartiermeister in Riggisberg und das Amt des Präsidenten der Riggisberger Baukommission hatte er von 2002 bis 2007 inne. Im Jahr 2012 wurde Hans Jörg Rüeeggsegger zum Präsidenten der Landwirtschaftlichen Organisation Bern und angrenzende Gebiete (LOBAG) gewählt.

Kulturlandschaften im Kanton Bern haben, die landwirtschaftlich nutzbar sind.

Was haben Sie aus den Gesprächen mit der kantonalen Verwaltung mitgenommen?

Rüeeggsegger: Wir haben einerseits festgestellt, dass es in der Verwaltung viele Leute gibt, die für unser Anliegen ein offenes Ohr haben. Andererseits haben wir auch gemerkt, dass die bisherige passive Rolle der LOBAG in dieser Frage denjenigen sehr gelegen kommt, die an den derzeitigen Entwicklungen nichts verändern möchten. Das war für uns ein Signal, etwas zu unternehmen.

Wann fiel der Entscheid für eine Verfassungsinitiative?

Rüeeggsegger: Was genau wir unternehmen würden, war zunächst offen. Eine Arbeitsgruppe der LOBAG nahm sich dieser Frage an. Nach verschiedenen Abklärungen – auch rechtlicher Art – kam die Arbeitsgruppe zu dem Schluss, dass eine Verfassungsinitiative wirksamer wäre als eine Gesetzesinitiative, obwohl Letztere wohl schneller umsetzbar wäre. Der grosse Vorstand der LOBAG beschloss im Februar 2013, der Delegiertenversammlung im April 2013 diese Frage zu unterbreiten. Konkret stimmten die Delegierten darüber ab, ob die LOBAG eine solche Initiative starten soll. Eine deutliche Mehrheit sprach sich dafür aus.

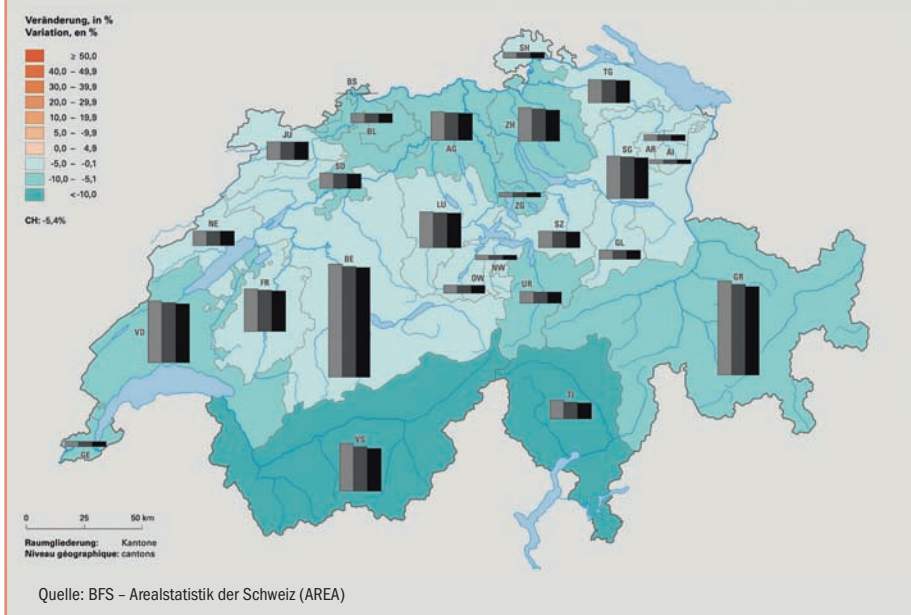
Äusserten sich die Delegierten auch schon zum Initiativtext und zu den möglichen Partnern der LOBAG bei der Realisierung einer Initiative?

Rüeeggsegger: Nur im Grundsatz, nicht im Detail. Die Delegiertenversammlung beauftragte den grossen Vorstand, den Initiativtext auszuarbeiten, dieser lag an der Delegiertenversammlung noch nicht vor. Was die Partner angeht, legte die Delegiertenversammlung fest, dass die Initiative nicht nur in Gang gesetzt, sondern auch erfolgreich abgeschlossen werden soll. Dass die LOBAG die Unterschriftensammlung und die darauf folgende Abstimmung nicht alleine erfolgreich durchführen könnte, wurde an der Delegiertenversammlung offen dargelegt. Die Bäuerinnen und Bauern machen lediglich fünf Prozent der Bevölkerung des Kantons Bern aus; sie brauchen Partner.

Wie hat die LOBAG ihre Partner gesucht?

Rüeeggsegger: Wir haben auch hier versucht, neue Wege zu beschreiten. Wir haben nicht von Anfang an den Kontakt zu möglichen Partnern gesucht, sondern wir haben uns in einem ersten Umgang darum bemüht, die inhaltlichen Fragen zu bearbeiten. Das heisst, die LOBAG hat quasi im Alleingang den Initiativtext und den Vorschlag zur Um-

Landwirtschaftsflächen 1979/85 bis 2004/09



Siedlungsflächen 1979/85 bis 2004/09

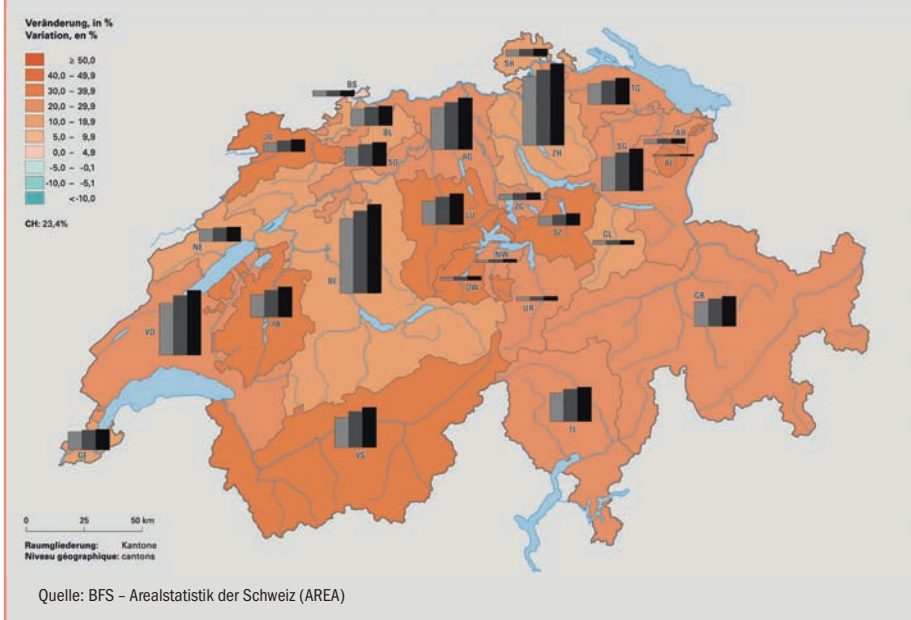




Foto: CS

setzung der Initiative ausgearbeitet. In dieser Phase haben wir vor allem den Kontakt zu Personen gesucht, die uns „initiativtechnisch“ weiterhelfen konnten, aber nicht den Kontakt zu politischen Partnern. Wir wollten keine endlosen inhaltlichen Diskussionen und Kompromisslösungen. Erst als alle Texte ausgearbeitet waren, haben wir diese den interessierten politischen Parteien und Gruppierungen vorgelegt.

Wie waren die Reaktionen?

Rüegsegger: Die Grünen hatte zu diesem Zeitpunkt bereits ähnliche Pläne geschmiedet. Wie wir sahen auch sie, dass sie dies vermutlich nicht alleine würden realisieren können. Die Grünen sind dann recht schnell auf uns zugekommen und wir haben unsere Pläne den Parteigremien der Grünen vorgestellt. Und es hat sich gezeigt, dass ein gemeinsamer Weg in dieser Frage möglich ist. Gleichzeitig stellten wir aber auch fest, dass wir in anderen Fragen, die sehr eng mit der Kulturlandfrage verbunden sind, ganz und gar nicht auf der gleichen Linie sind. Diese Auslegeordnung ist die Grundlage unserer Partnerschaft.

Gab es vor diesen Gesprächen bereits persönliche Kontakte seitens der LOBAG mit VertreterInnen der Grünen?

Rüegsegger: Ja, diese Kontakt gab es und sie haben die Kontaktnahme und die Gespräche sicherlich erleichtert. Daphne Rüfenacht, Grossrätin der Grünen, ist Mitglied der parlamentarischen Gruppe Landwirtschaft des Grossen Rates, die von der LOBAG betreut wird. Schon mit Daphne Rüfenachts Vorgängerin, der Biobäuerin Kathi Hänni, hatten wir von der LOBAG enge Kontakte.

Mit welchen anderen Parteien hatten sie noch Kontakte?

Rüegsegger: Die BDP-Delegiertenversammlung hat zu einem späteren Zeitpunkt beschlossen, die Initiative mitzutragen. Mit der SP sind wir nicht über informelle Gespräche im persönlichen Rahmen herausgekommen. Der SVP haben wir unser Anliegen mehrmals vorgetragen. Aber die SVP will sich in dieser Frage zum jetzigen Zeitpunkt nicht exponieren. Es bleibt im Moment dabei, dass sich verschiedene Mitglieder der SVP für die Initiative engagieren. Dazu gehöre übrigens auch ich.

Die LOBAG stand der SVP während langer Zeit sehr nahe. Aussenstehende konnten früher den Eindruck bekommen, bei der LOBAG habe die Parteipolitik grosses Gewicht, während eine eigentliche Verbandspolitik eher

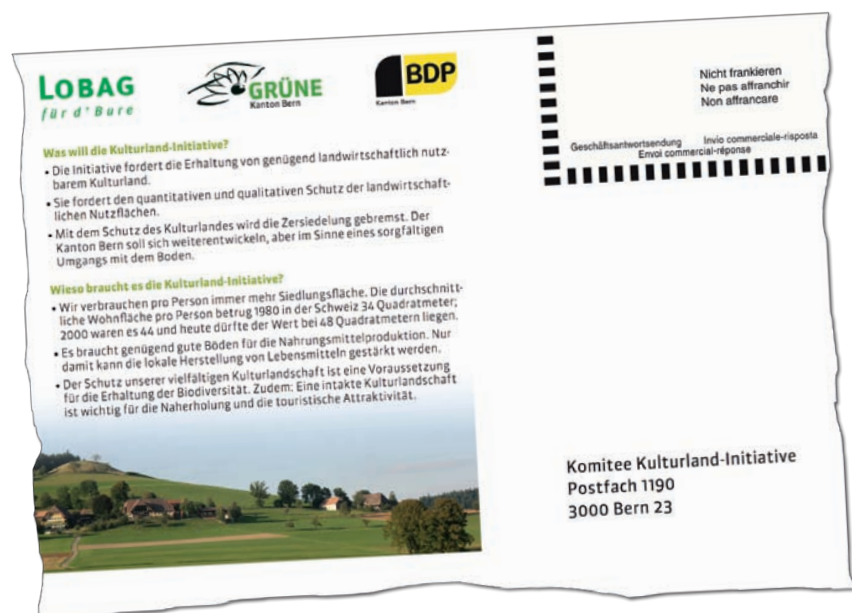
**Bei der Interessenabwägung zwischen Ver-
bauung oder Erhaltung von Kulturland bleibt
das Kulturland oft auf der Strecke.**

**vernachlässigt wurde. Das hat sich an-
scheinend geändert.**

Rüegsegger: Ja, mein Anspruch ist, dass die LOBAG Verbandspolitik betreibt. Nur so ist ein so zentrales Projekt wie unsere Kulturlandinitiative realisierbar. Wenn wir alle unsere Parteihüte aufgesetzt hätten, wären wir nicht dort, wo wir jetzt stehen mit dieser Initiative.

**Woher nehmen Sie die Legitimation
für diese grundlegende Änderung der
Verbandsphilosophie?**

Rüegsegger: Ich habe in meinem Wahlkampf für das LOBAG-Präsidium klar gemacht, dass ich meine Verbandspolitik über die Parteipolitik stellen werde. Dann wurde ich in einem



Zukunftsweisende Partnerschaft: Der LOBAG-Präsident hofft, dass die gemeinsame Initiative von Bauern und Grünen auch in anderen Themen für einen besseren Dialog sorgt.



Raumplanung betrifft alle: Die LOBAG will deshalb mit der Kulturlandinitiative auch eine Kultur des Dialogs mit allen Teilen der Gesellschaft einführen.

Kampfwahl gegen zwei Vorstandsmitglieder im ersten Wahlgang mit dem absoluten Mehr gewählt. Darin sehe ich seitens der Mitglieder die Erwartung, dass die LOBAG konstruktiv und auf sachpolitischer Ebene versuchen soll, Probleme zu lösen. Für mich ist deshalb die zentrale Frage seit meiner Wahl: Was kann die LOBAG für die Bauernfamilien tun? Und hier muss man realistisch sein: Wir können nicht nur ausgeklügelte Dienstleistungen anbieten und gleichzeitig tatenlos zuschauen, wie die Produktionsgrundlage der Bäuerinnen und Bauern verschwindet. Wir müssen und wollen etwas tun. Das sind wir den kommenden Generationen schuldig.

Wie waren die Reaktionen in der LOBAG, als sich abzeichnete, dass die Grünen Partner der LOBAG in der Kulturlandinitiative werden würden?

Rüegsegger: Natürlich gab und gibt es skeptische Stimmen. Es gibt Leute, die Mühe hatten, den Parteihut abzulegen; wir führen in allen Gremien spannende Diskussionen. Nach diesen Gesprächen bin ich mehr denn je überzeugt, dass die Zeit reif ist für Wege, wie wir sie bei der Kulturlandinitiative und mit den Grünen und der BDP als Partner beschreiten. Es geht darum, dass die LOBAG eine Kultur des Dialogs mit allen Teilen der Gesellschaft schafft und gleichzeitig inhaltlich Themen vorantreibt, die für die Bauernfamilien und für die Gesellschaft insgesamt zentral sind. Die Initiative ist nur ein Anfang. Auch im Umgang mit den kantonalen Behörden müssen wir uns in dieser Hinsicht verbessern. Mit dem derzeitigen Verhältnis zwischen der Verwaltung und der LOBAG im Kanton Bern bin ich nicht zufrieden.

Was haben Sie von den Zürcher Kollegen lernen können? Dort hat eine Kulturlandinitiative der Grünen beim Bauernverband zu Verwerfungen geführt.

Rüegsegger: Wir haben das Zürcher Beispiel analysiert und haben versucht, aus den Fehlern zu lernen. Unsere Kulturlandinitiative und unser Vorgehen unterscheidet sich in einigen Punkten von der Situation im Kanton Zürich: Erstens haben wir inhaltlich die Initiative selbst ausgearbeitet. Wir haben agiert und waren nicht zum Reagieren gezwungen. Zweitens ist unsere Initiative keine Moratoriumsinitiative, sondern ein Versuch, die Methode der raumplanerischen Interessenabwägung zugunsten des Kulturlandes zu verändern. Und drittens haben wir von Anfang an nicht nur die Initiative ausgearbeitet,

sondern auch unsere Vorstellungen über eine Umsetzung konkret formuliert.

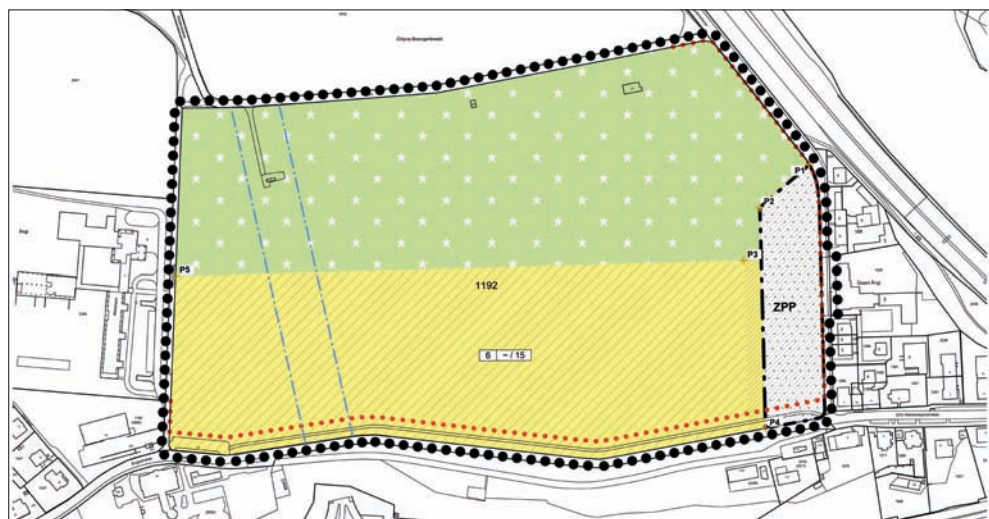
Inwiefern beschreitet die LOBAG mit dieser Initiative inhaltlich neue Wege?

Rüegsegger: Der zentrale Punkt ist, dass wir uns bei den quantitativen Grundlagen von den Fruchtfolgeflächen (FFF) lösen und stattdessen mit der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN) arbeiten. Die FFF werden heute technisch verwaltet und können von den Behörden nach Belieben tief- oder hochgerechnet werden; zudem sind die Erhebungen nicht aktuell. Die LN ist für quantitative und qualitative Fragen die relevante Grösse, weil diese Zahlen ja im Agrarvollzug jährlich erhoben werden.

Wie möchte die Initiative das Kulturland konkret für die landwirtschaftliche Produktion sichern?

Rüegsegger: Unsere Umsetzungsvorschläge zur Kulturlandinitiative sehen vor, dass Kanton und Gemeinden im Richtplan die Grenzen des Siedlungsgebietes festlegen. Die raumplanerische Interessenabwägung würde neu so aussehen, dass landwirtschaftliche Nutzflächen nur ausnahmsweise für raumwirksame Vorhaben beeinträchtigt werden dürfen. Finanzielle Aspekte dürften bei der Interessenabwägung nicht höher gewichtet werden als das Interesse der Gesellschaft am Kulturland. Falls dennoch gutes, produktives Kulturland eingezont würde, müsste andernorts ein Ausgleich vorgenommen werden. Unsere Umsetzungsvorschläge sehen auch verdichtetes Bauen vor: Bauprojekte mit einer Ausnutzungsziffer (AZ) von 1.5 haben in Zukunft bessere Chancen als solche mit einer AZ von 0.4, einem Wert, der derzeit noch als hoch angesehen wird. cs ■

Die Fragen stellte Claudia Schreiber.



Finanziell ist es interessanter, Kulturland zu verbauen als benachbartes, bereits erschlossenes und eingezontes Land.